

Ansprache von FBP-Präsident Alexander Batliner zum Seniorenachmittag vom 17.1.2010

Geschätzte Seniorinnen und Senioren

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung und des Landtages

Liebe Freunde der Bürgerpartei

In meiner Jugendzeit wurde mich gelehrt, dass man bis spätestens zum Dreikönigstag den Verwandten und Bekannten ein gutes Neujahr zu wünschen habe. Es habe nur bis Dreikönig Gültigkeit. Auch wenn dieser 6. Januar bereits 11 Tage vorüber ist, möchte ich die Möglichkeit nutzen, um euch von Herzen alles Gute, beste Gesundheit sowie viel Erfolg und Schaffenskraft im neuen Jahr zu wünschen. Ich hoffe, dass das Jahr 2010 euch jene Wünsche erfüllt, die ihr euch erhofft.

Es freut mich, dass ihr heute in einer solchen Vielzahl unserer Einladung angenommen habt. Mit diesem Nachmittag führt die FBP eine seit Jahren gültige Tradition fort. Ich möchte euch im Namen der Bürgerpartei aber auch in meinem persönlichen als Präsident der FBP heute Nachmittag sehr herzlich begrüßen. Ich freue mich, mit euch ein paar gesellige Stunden verbringen zu können.

Ich mag es, mich mit den älteren Generationen zu unterhalten. In solchen persönlichen Kontakten spürt man die Lebenserfahrung, welche Seniorinnen und Senioren ausstrahlen und weitergeben. Wir von den mittleren oder jüngeren Generationen können davon nur profitieren und oftmals wird uns eine andere Sichtweise auf persönliche Probleme oder Geschehnisse vermittelt, durch welche wir feststellen, dass anscheinend unüberwindbare Hürden gar nicht so unüberwindlich sind, wie sie erscheinen mögen. Oft bringen uns solche Gespräche durch eine andere auf Lebenserfahrung stützende Sichtweise auf den Boden der Tatsachen zurück, was ich sehr zu schätzen weiss.

Auch unser Land hat momentan einige Probleme zu bewältigen und zu lösen. Ich habe jedoch Skrupel, vor euch die momentane Wirtschafts- und Finanzlage unseres Landes als

schwere oder grösste Krise zu betiteln. Wenn man vor Personen spricht, welche grösstenteils den Zweiten Weltkrieg hautnah miterlebten und nicht sicher sein konnten, ob die Flugzeuge, die Feldkirch bombardierten auch ihr gewünschtes Ziel treffen und nicht aus Versehen eine naheliegende Ortschaft unseres Landes, dann dürfen wir das Wort ‚Krise‘ als Beschreibung der heutigen Probleme nicht überbeanspruchen. Bevor wir uns mit negativen Superlativen zur heutigen Situation unseres Landes überbieten, sollten wir uns der Vergangenheit bewusst werden. Weil dann stellen wir fest, dass die Bezeichnungen ‚Krise‘ oder ‚schwere Krise‘ eher auf ganz andere Geschehnisse während den letzten Jahrzehnten subsumiert werden können, die mehr gerechtfertigt waren und sind, so betitelt zu werden als die heutige Lage unseres Landes.

Deshalb spreche ich lieber von einer schwierigen Situation, in welcher sich unser Land momentan befindet. Es ist nicht die erste schwere Lage, die Liechtenstein zu meistern hat und es wird auch nicht die letzte sein. Trotzdem dürfen wir die heutigen Probleme unseres Landes nicht verharmlosen. Die Wirtschafts- und Finanzsituation Liechtensteins wird uns nicht nur in den nächsten Wochen und Monate, sondern auch die kommenden Jahre vor grosse Herausforderungen stellen und uns allen Vieles abverlangen.

Die politische Ausgangslage in unserem Land ist so, dass in erster Linie unser politischer Mitbewerber mit seiner absoluten Mehrheit in Landtag und Regierung alleine entscheiden kann, wohin die Reise für unser Land geht. Dies bedeutet aber nicht, dass wir uns vor unserer Verantwortung drücken. Das Gegenteil wird der Fall sein. Wir werden unsere Vorstellungen für die Zukunft unseres Landes einbringen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen durchzusetzen.

Zu den für uns wichtigen Themen gehört die Steuerreform. Wir pochen darauf, dass der Regierungschef diese noch im ersten Quartal dieses Jahres der Regierung vorlegt, damit sie spätestens im zweiten Quartal im Landtag behandelt und auf den 1. Januar 2011 in Kraft treten kann. Diese Steuerreform ist von grundlegender Bedeutung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Liechtensteins. Denn Ziel muss es sein, dass wir auch in Zukunft sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte in unser Land zu holen. Solche gut ausgebildete Menschen warten jedoch nicht auf Liechtenstein, sondern sie zieht es dort hin, wo ihnen die

besten Rahmenbedingungen geboten werden. Es gilt nun, dass Liechtenstein diesen Menschen bessere oder zumindest gleichwertige Rahmenbedingungen wie in anderen Ländern anbieten kann. Wenn man die Entwicklung in unseren Nachbarländern betrachtet, stellt man fest, dass rundum die Steuern gesenkt werden. Einzelne Kantone der Schweiz besitzen heute das weitaus attraktivere Steuersystem als wir. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir diesbezüglich in einem Konkurrenzverhältnis stehen und diesem müssen wir Paroli bieten. Mit dieser Steuerreform müssen sowohl juristische- als auch natürliche Personen ein attraktives, einfaches und somit konkurrenzfähiges Steuersystem erhalten. Damit wird unser Land für sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte sowie für Unternehmen, die sich im Rheintal ansiedeln möchten, attraktiv. Unternehmen sollen nicht in Buchs oder Altstätten gegründet werden, sondern in Liechtenstein.

Ein vollkommen falsches Signal für unseren Wirtschaftsplatz wären Steuererhöhungen. Die FDP wird keine Hand für Steuererhöhungen reichen, denn Steuererhöhungen würden dem Land mittel- und langfristig teuer zu stehen kommen. Die Attraktivität des Wirtschaftsplatzes würde dann weiter an Boden verlieren und dann ist es nicht ausgeschlossen, dass Unternehmen und Privatpersonen Liechtenstein den Rücken kehren und an Orte umziehen, die für sie attraktiver sind. Dies hätte zur Folge, dass wir trotz höherer Steuersätze weniger Steuereinnahmen generieren. Dies gilt es unter allen Umständen zu vermeiden.

Uns ist bewusst, dass eine der Folgen einer solchen Steuerrevision eine Reduktion der Einnahmen für die öffentliche Hand sein wird. Ihr fragt euch vermutlich - und das zu Recht -, weshalb wir bei einem budgetierten Defizit von 180 Millionen Franken für dieses Jahr und bei einem vermutlich nur unwesentlich geringeren in den kommenden Jahren noch weitere Einnahmereduktionen für den Staat vorschlagen. Das machen wir, weil wir überzeugt davon sind, dass wir heute jene Grundlagen schaffen müssen, mit denen wir unserem Wirtschaftsplatz als Ganzes nachhaltig wieder zu alter Stärke verhelfen. Kurzfristige, populistische Entscheide mögen zwar für eine kurze Zeitspanne Vorteile bewirken, doch einer nachhaltigen, langfristigen Entwicklung unseres Wirtschaftsplatzes stehen sie entgegen. Genau das bringt unser Land nicht weiter. Wir müssen die heutigen Entscheide aus dem Blickwinkel der langfristigen Wirkung treffen, auch wenn sie nicht überall auf Gegenliebe stossen. Wir sind überzeugt davon, dass langfristig trotz niedrigerer Steuersätze

damit höhere Steuereinnahmen für Staat und Gemeinden generiert werden können. Dies deshalb, weil wir damit Arbeit schaffen. Denn je attraktiver unser Wirtschaftsplatz ist, desto mehr Innovation schaffen wir. Und dies ist die Grundlage für zusätzlichen wirtschaftlichen Aufschwung und somit für zusätzliche Schaffung von Arbeitsplätzen, was folglich wieder jeder Liechtensteinerin und jedem Liechtensteiner und damit auch eueren Kindern, Enkeln und Urenkeln zugute kommt. Denn im Zentrum der Politik unseres Landes muss stehen, dass - wenn immer möglich - jede Liechtensteinerin und jeder Liechtensteiner Arbeit und somit ein geregeltes Einkommen hat. Diesem Ziel muss sich auch die Sozialpolitik unseres Landes verpflichten.

Natürlich muss der Sanierung des Staatshaushaltes ebenfalls höchste Priorität eingeräumt werden. Es darf nicht passieren, dass sich unser Land verschuldet und Kredite aufnehmen muss. Dies würde uns in einen Kreislauf katapultieren, den zu verlassen sehr schwer ist, da jeder Kredit die Aufwandseite des Staates durch die fälligen Zinszahlungen erhöht. Eine solche Politik wäre fahrlässig und wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um dies zu verhindern. Aus diesem Grunde schlagen wir auch vor, die Mindereinnahmen durch die Steuerreform mit dem Zukunftsfonds auszugleichen. Dieser wurde vor einigen Jahren von der Regierung Otmar Hasler genau für solche Investitionen in die Zukunft ins Leben gerufen.

Darüber hinaus erwarten wir vom Regierungschef und Finanzminister schon bald die ersten konkreten Vorschläge, in welchen Bereichen und in welcher Grössenordnung er den Sparhebel ansetzen möchte. Die Bürgerpartei anerkennt die Notwendigkeit von Sparmassnahmen und wird deshalb auch bei der Sparpolitik ihre Verantwortung wahrnehmen. Doch wir sind der Meinung, dass die Sparmassnahmen sozial verträglich ausgestaltet sein müssen. Gerade auch aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die ältere Generation, welche massgeblich zum Erfolg unseres Landes und unserer Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat, auch das Recht hat, den Ruhestand in gewohnter, erarbeiteter Wohlfahrt verbringen zu dürfen. Aus diesem Grunde ist mit der FBP die Streichung der 13. AHV-Monatslohnes nicht zu machen. Ich verspreche euch, dass die FBP alle Hebel in Bewegung setzen wird, dies zu verhindern, wenn der Regierungschef dies vorschlagen sollte. Wir dürfen nicht bei jenen anfangen zu sparen, denen wir zu einem

überwiegenden Teil die Entwicklung und den Wohlstand unseres Landes während den letzten Jahrzehnten zu verdanken haben.

Natürlich sind die Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht die einzigen Themen, welche momentan diskutiert werden. In der Gesundheitspolitik müssen dieses Jahr die Weichen gestellt werden. Damit einher geht auch die Frage um das Landesspital.

Regierungsrat Quaderer muss in der Bildungsreform Farbe bekennen und ob wir noch ein Schulzentrum Unterland II in der Art benötigen, wie es vom Landtag vorletztes Jahr beschlossen wurde, ist stark zu bezweifeln. Dies umso mehr, als auch das Schulamt festgestellt hat, dass es gar nicht genügend Schülerinnen und Schüler für das vorgesehene Projekt gibt. Eine abgespeckte und somit auch günstigere Version ist meines Erachtens zielführender und finanzpolitisch verantwortungsvoller.

Und dann werdet ihr alle im März an die Urne gerufen, um über den Industriebühnenweg in Schaan abzustimmen. Ich bin der Meinung, dass es unser aller Ziel sein muss, der Bevölkerung unseres Landes in allen Gemeinden Liechtensteins so weit wie möglich die selben Lebensbedingungen und die selbe Lebensqualität zur Verfügung zu stellen. Wir haben die Verantwortung, die Dorfzentren und die Wohnquartiere vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Das hat mit Lebensqualität zu tun und dies ist der ausschliessliche Zweck dieses Industriebühnenwegs, da damit in erster Linie zwei Industriegebiete miteinander verbunden werden und somit kein Umweg mehr über die Lindenkreuzung oder die angrenzenden Quartiere in Schaan, die als Schleichwege benutzt werden, notwendig ist. Dieser Industriebühnenweg ist keine Transitschleuse, wie uns die Gegner weiss machen wollen sondern ‚nur‘ eine Verbindung von zwei Industriegebieten. Wenn wir - wie bereits erwähnt - in Zukunft wollen, dass sich neue Unternehmen in Liechtenstein ansiedeln und Arbeit für unsere Kinder, Enkel und Urenkel schaffen, dann müssen wir ihnen eine funktionierende Infrastruktur zur Verfügung stellen. Hierzu gehört auch eine optimale Verkehrsanbindung der Industriegebiete. Mit dem Bau dieses Industriebühnenwegs verbessern wir die Verkehrsanbindung der Industriegebiete von Schaan bei gleichzeitiger Entlastung des Zentrums. Das ist auch für die Entwicklung unseres Wirtschaftsstandortes von grosser Bedeutung. Zudem geht die Erstellung dieses kurzen Strassenstücks sowohl mit dem Parteiprogramm als auch Wahlprogramm der FBP einher. So heisst es unter anderem im Wahlprogramm:

(Zitat) „Wir setzen uns ein für strassenbauliche Massnahmen, mit welchen einerseits Wohnquartiere entlastet und andererseits Industriegebiete direkt erschlossen werden.“

(Zitat Ende) Um nichts anderes handelt es sich bei diesem Industriebau, weshalb ich den Bau dieses Industriebaus vollumfänglich unterstütze.

Es würde mich freuen, wenn dieses Projekt auch bei euch auf Unterstützung stiesse. Solltet ihr Fragen oder Anregungen zu diesem oder auch zu anderen politischen Themen haben, so bitte ich auch, die heute unter uns weilenden Mandatäre der Landespartei darauf anzusprechen. Wir sind gerne bereit, euch unsere Gedankengänge zu den einzelnen politischen Themen zu erläutern.

Geschätzte Seniorinnen und Senioren, ich möchte mich nochmals herzlich dafür bedanken, dass ihr unserer Einladung gefolgt seid und diesen Nachmittag mit uns verbringt. Ich wünsche euch einen schönen, geselligen, unterhaltsamen und interessanten Nachmittag.

Ich freue mich, die kommenden Stunden mit euch verbringen zu können.

Herzlichen Dank.